

Schuljahr 2017/18 eingestellt. Darüber hinaus müssen Maßnahmen geprüft werden, durch die die Unterschiede in den bisherigen Stellenbewertungen ausgeglichen werden können.

Des Weiteren müssen über die Hochschulverträge mehr Studienplätze für ein Lehramtsstudium vereinbart werden.

DIE LINKE. Berlin will außerdem schnell Antworten darauf, warum nur 40% derjenigen, die ein Lehramtsstudium aufnehmen, dieses auch beenden. Hier muss eine Veränderung erreicht werden.

4. Laut Prognose der Schulsenatsverwaltung werden für das Schuljahr 2024/25 37.090 Schüler mehr erwartet als im Januar 2015. Für den Bezirk Lichtenberg beläuft sich die Prognose sogar auf einen Zuwachs von 47 % bis 2025. Eine weitere Prognose geht von einem Einstellungsbedarf von 16.000 VZE bis zum Schuljahr 2023/24 aus.

Frage: *Wie könnte Ihrer Meinung nach ein Masterplan zur Bewältigung dieses Problems aussehen?*

Die Schüler*innenzahl wird sich nach der neuesten Bevölkerungsprognose in den nächsten 8 Jahren sogar um 86 Tausend erhöhen.

Der damit verbundene Lehrkräftemehrbedarf wird einerseits nur über eine verstärkte Werbekampagne sowohl in anderen Bundesländern als auch unter den Abiturient*innen in Berlin, einer Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen und Universitäten, der Einstellung von Quereinsteiger*innen und andererseits über die Herstellung von Gerechtigkeit in den Lehrerzimmern möglich sein.

Wer A zum neuen Lehrkräftebildungsgesetz sagt, muss auch B zur einheitlichen Bezahlung und Gleichstellung, auch im Dienstrecht, der Lehrkräfte sagen!

Letzteres bedeutet zum einen das bereits unter 3. für die Grundstufe Erläuterte, zum anderen aber auch die Gleichstellung der angestellten mit den verbeamteten Lehrkräften.

Der Senat muss außerdem schnellstens das in Berlin noch vorhandene Potenzial nutzen. Bisher gibt es z.B. kein erkennbares Handeln, Flüchtlinge und Asylsuchende mit einer pädagogischen Qualifikation in der Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Schulen, insbesondere auch zunächst in „Willkommensklassen“ eine Chance auf Arbeit zu geben. Das muss sich schnellstens ändern.

5. Die Schulsenatorin hat einen unbürokratischen Ausbau von modularen Ersatzbauten über einen Zeitraum von ca. vier Jahren angekündigt. Diese begrüßenswerte Initiative löst jedoch in keiner Weise die erheblichen Raumprobleme an zahlreichen Berliner Schulen. Nur allzu häufig sehen sich Schulleitungen genötigt, Regelklassen wie auch Willkommensklassen mit deutlich überhöhten Frequenzen einzurichten.

Frage: *Mit welchen Maßnahmen wollen Sie hier in den nächsten Jahren Abhilfe schaffen?*

Dauerhaften Frequenzerhöhungen wird die Linke nicht zustimmen, da sie zu Lasten der Schüler*innen und Pädagog*innen sowie der pädagogischen Arbeit gehen.

86 Tausend Schüler*innen mehr in Berlin brauchen etwa 70 neue Schulen.

Schulergänzungsbauten sind also nicht die alleinige Lösung, nicht überall möglich und bergen immer das Problem der Verdichtung ohne zusätzliche Infrastruktur wie Fachräume, Mensen, Sport- und Außenanlagen etc.

Hinzu kommt, dass viele Schulen saniert werden müssen, damit sie weiter nutzbar sind.

Die Bezirke haben der Senatsverwaltung einen Sanierungsbedarf von rund 5 Milliarden Euro gemeldet. Bei etwa der Hälfte wird der Grundsanierungsbedarf liegen, der durch Sanierungsstau entstanden ist.

Der Abbau des Sanierungsstaus an den Schulen ist überfällig und kann nach Auffassung der LINKEN nicht so wie bisher in den bestehenden Strukturen und über Programme geschafft werden. Wir bezweifeln, dass angesichts des Gesamtumfangs des Instandhaltungs- und Sanierungsbedarfs die Finanzierung aus dem konventionellen Haushalt möglich sein wird. Denn in Berlin müssen nicht nur Schulen, sondern auch Krankenhäuser, Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude grundsaniert werden. Für eine Grundsanierung und den Neubau von Schulen müssen unserer Meinung nach Kredite außerhalb der Schuldenbremse über einen bestehenden Landesbetrieb aufgenommen werden. Grundsanierung und Schulneubau mit deutlicher Verkürzung der Bauzeiten muss eine Schulbau Berlin Gesellschaft des Landes im Auftrag und unter strikter Einbeziehung der Bezirke leisten. Dabei muss neben der Beteiligung der Bezirke und des Landes auch die Beteiligung der Pädagog*innen sowie der Eltern- und Schülervertretungen gewährleistet sein.

Durch ein solches Vorgehen werden die Bezirke entlastet und können ihre Kraft auf die Instandhaltung der Schulen konzentrieren, für die sie auch mehr Geld erhalten müssen.

6. Der Zustrom von Flüchtlingskindern, aber auch die Folgen des Problems „Wachsende Stadt“ führen zu einer erheblichen Ausweitung des schulischen Verwaltungsaufwandes. Der IBS hält eine deutliche Ausweitung bzw. Neubestimmung der Arbeitszeitregelung sowie deutlich höhere Präsenzzeiten der Schulsekretärinnen ebenso dringend geboten wie eine weitere Aufstockung der Stellen für Verwaltungsleiter. Laut Staatssekretär Rackles ist jedoch über die 48 VZE hinaus an keine weitere Aufstockung gedacht. Unser Verband erwartet, dass spätestens nach der Wahl die politischen Weichenstellungen für eine insgesamt höhere Präsenz des gesamten technischen Verwaltungspersonals einschließlich der Schulhausmeister erfolgen wird.

Frage: Für dieses Problemfeld besteht ein nicht aufschiebbarer Handlungsbedarf. Welche Vorstellungen zur Lösung dieses Problembereichs haben Sie?

Wie schon unter 1. erläutert, ist es unbestritten notwendig, in Folge der gewachsenen Eigenverantwortung der Schulen für vielfältige Aufgaben, **alle Schulen**, in Abhängigkeit von ihrer Größe, mit Verwaltungskräften auszustatten. Dafür wird sich DIE LINKE. Berlin einsetzen.

In einem nächsten Schritt werden wir uns mit der Frage der Notwendigkeit der Erhöhung von Stellenanteilen für weiteres technisches Personal befassen. Gern nehmen wir dazu von Ihnen konkrete Vorschläge an.